



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 · 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Jakob-Kaiser-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,
Silke Klaproth-Förster, Simon Oerding
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, den 25. Februar 2011

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freundinnen und Freunde,

viele Dinge haben sich in den letzten Tagen ereignet, so dass ich erneut in Form einer persönlichen Erklärung meine Sicht der Dinge und mein Abstimmungsverhalten erörtern möchte:

1. Wahlausgang in Hamburg

Der Wahlausgang in Hamburg zeigt: Olaf Scholz hat es mit den Hamburger Sozialdemokraten geschafft, die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger für sich zu gewinnen. Er hat gezeigt, dass die Sozialdemokratie sogar im Fünf-Parteien-System absolute Mehrheiten als Volkspartei erreichen kann, wenn die Programmatik auf wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Wenn nun noch ökologische Aspekte verstärkt berücksichtigt werden, könnte Hamburg ein neues Vorbild einer künftigen sozialdemokratischen Regierungspolitik werden, die gesellschaftliche Grenzen überwindet und zukunftsfähige Lösungskonzepte anbietet. Natürlich hatte Schwarz-Grün auch Steilvorlagen geliefert, so dass nun ordentlich Bewegung in das Parteienspektrum kommt. Es ist zu hoffen, dass der Funke von Hamburg auch auf die Bundesländer überspringt, die im März wählen.

2. Kompromiss Bundestag/Bundesrat über Neugestaltung Grundsicherung etc.

In den letzten Wochen wurden die Verhandlungen über Grundsicherung, Arbeitslosengeld II, Mindestlöhne, Leiharbeit etc. zur Geduldsprobe, die gerade für die Betroffenen an die Grenze des Erträglichen ging. Umso größer war der Einigungsdruck. Es ist nun zu einem Kompromiss gekommen, der erneut danach beurteilt werden kann, ob „das Glas halb voll oder halb leer“ ist. Ich habe dem Kompromiss zugestimmt, da vor allem die Vorteile der verschiedenen Regelungen überwiegen und das Vertrauen in die Politik weiter massiv gelitten hätte, wenn es erneut keine Einigung gegeben hätte. Hier ein paar Stichpunkte:



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Im Sicherheitsdienstleistungsgewerbe sowie in der Aus- und Weiterbildungsbranche konnten Mindestlöhne vereinbart werden. Für den Bereich der Zeitarbeit gilt künftig eine Lohnuntergrenze in Höhe des jeweiligen tariflichen Mindestlohnes. 1,2 Millionen Menschen werden direkt von diesen Regelungen profitieren.
- Bei der Frage „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ blieb Schwarz-Gelb leider bei ihrer Blockadehaltung. Hier wird in den kommenden Monaten weiter Druck gemacht werden müssen.
- Beim Arbeitslosengeld II wurde neben dem rückwirkenden Anstieg zum 1. Januar um fünf Euro eine weitere Sonderanpassung um drei Euro zum 1. Januar 2012 erreicht. Daneben wurde erreicht, dass z. B. Aufwandsentschädigungen im Sportverein bis zu 175 Euro nicht mehr vom Regelsatz abgezogen werden. Auch wurde die Berücksichtigung der Warmwasserkosten erreicht, was Frau von der Leyen schlicht vergessen hatte.
- Mit dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ konnten im Vergleich zum Entwurf deutliche Verbesserungen erreicht werden, so dass nun auch Kinder von Wohngeldempfängerinnen und Wohngeldempfängern einbezogen sind. Zuständig sind nunmehr die Kommunen, was Bürokratie vermeidet und die Dinge von den Stellen regeln lässt, die auch die Kompetenz haben. Zudem werden 3000 zusätzliche Sozialarbeiterstellen geschaffen – zunächst bis 2013 befristet. Es sind also erste Schritte eingeleitet worden, die zusammen mit dem rot-grünen Ganztagschulprogramm und kommenden Maßnahmen nach einem Regierungswechsel in den kommenden Jahren zu einem wirklichen Konzept werden können und müssen.
- Entscheidend für die Kommunen ist die vereinbarte Entlastung, indem der Bund u.a. die Kosten für die Grundsicherung im Alter beginnend 2012 um 1,2 Milliarden Euro aufwachsend bis 2014 zur vollen Jahressumme von 4 Milliarden Euro übernimmt. Wollte Schwarz-Gelb diese Entlastung noch mit vergifteten Vorbedingungen für die Kommunen verbinden (z. B. Abschaffung der Gewerbesteuer), haben wir nun eine wirkliche Entlastung der Kommunen erreicht, indem der Bund für seine Verantwortlichkeiten auch einsteht.

Man kann - so denke ich – an diesen Beispielen unseren Erfolg an den Verhandlungen erkennen. Ich will dennoch nicht verschweigen, dass hinsichtlich des Regelsatzes weiter verfassungsrechtliche Bedenken von Fachseite vorgebracht werden. Dieses muss die Regierung verantworten, da sie zu weiteren Zugeständnissen nicht bereit gewesen ist. Mehr als ärgerlich ist



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

auch die Verweigerungshaltung von Schwarz-Gelb beim Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Dennoch kann das nach meiner Einschätzung nicht dazu führen, die aufgezeigten Verbesserungen weiter aufzuschieben bzw. die Realisierung zu riskieren.

3. Zu Guttenberg

Jede und jeder wird sich im Fall Guttenberg seine eigene Meinung bilden müssen. Ich halte das Maß der Verstöße jedoch für so gravierend, dass ein Verbleib im Ministeramt ausgeschlossen ist. Das gilt auch angesichts seines Verhaltens in den letzten beiden Wochen. Ich kann mir vorstellen, dass einige Menschen Rücktrittsforderungen nicht nachvollziehen können und Ministeramt mit persönlicher Verfehlung trennen. Ich meine, diese Trennung funktioniert in diesem Fall nicht, zumal ein Verteidigungsminister für Bundeswehrhochschulen verantwortlich ist, an denen entsprechende Täuschungen zu massiven disziplinarrechtlichen bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen führen. Nicht nur für den gesamten Bildungs- und Wissenschaftsbereich hat dieser Fall Bedeutung. Ich halte ihn noch nicht für beendet.

4. Lage in Libyen

Tunesien, Ägypten und jetzt Libyen. Die Welt ist mächtig in Bewegung. Frank-Walter Steinmeier hat einen Marshall-Plan für die Region gefordert. Europa muss jetzt für neues Vertrauen sorgen und sich klar bekennen. Das muss auch die Fragen betreffen, wie künftig mit Diktatoren, Despoten umgegangen werden muss – einschließlich der Frage von Waffenlieferungen etc. Wir sehen jedoch auch, wie wichtig es ist, unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden. An der Tankstelle sehen wir alle jetzt schon die Auswirkungen.

5. Massentierhaltungsanlagen

Die Grünen haben gestern im Bundestag den Entwurf einer Änderung des Baugesetzbuches eingebracht. Schwarz-Gelb hat klar gegen den Antrag votiert. SPD und die Linke haben sich enthalten, weil der Antrag zwar in die richtige Richtung geht, jedoch zur Problemlösung gerade in Niedersachsen nicht geeignet ist. Ich bin zur Zeit damit beschäftigt, in der SPD-Fraktion eine Lösung vorzuschlagen, die hoffentlich eine Mehrheit finden wird und dann einen neuen Antrag der Opposition ermöglicht. Das ist jedoch noch ein dickes Brett. Wer genauere Informationen auch für die Bürgerinitiativen benötigt, kann meine Stellungnahme durch meine Büros jederzeit erhalten.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

6. CCS

In der letzten Woche wurden Karten der Bundesanstalt für Geowissenschaften veröffentlicht, die zahlreiche Standorte möglicher Kohlendioxid-Lagerstätten aufzeigten. Parallel dazu versucht die Bundesregierung mit den Ländern das sog. CCS-Gesetz auf den Weg zu bringen. Dieses Gesetz soll ermöglichen, CO₂ von fossilen Kraftwerken abzuscheiden und dann unterirdisch zu speichern. Völlig ungeklärt sind die Risiken, die Haftungsfragen und die Wirtschaftlichkeit. Auch ist bislang nicht klar, ob Bundesländern das Recht zugestanden werden soll, CO₂-Lagerstätten im jeweiligen Bundesland zu verbieten. Da die Wirkungsgrade für fossile Kraftwerke beim Einsatz der CCS-Technologie noch einmal ungünstiger werden, viele Fragen völlig offen sind und CCS für fossile Großkraftwerke vor allem mit dem Ausbauziel der Erneuerbaren Energien unvereinbar ist, hat diese Form in Deutschland nach meiner Einschätzung keine Realisierungschance. Inwieweit die Technik für die Industrie (Zement, Stahl etc.) eine Lösung zur Erreichung der nationalen Klimaziele sein kann, ist aktuell völlig offen. Zur Erforschung benötigt man jedoch kein solch umfangreiches Gesetz, wie es die Bundesregierung derzeit plant. Wichtig dürfte sein, die geplanten Milliarden nicht primär für die CCS-Technik, sondern vor allem für Vermeidungsstrategien und alternative Produktionsmechanismen zu verwenden. Bevor wir nachfolgenden Generationen ein ungeklärtes Risiko überlassen, sollten alle Alternativen zunächst erprobt werden. Ein ausführlicheres Positionspapier von mir ist ebenfalls über meine Büros zu erhalten.

So, das soll es erst einmal gewesen sein. Wie immer freue ich mich über Rückmeldungen jeder Art.

Herzliche Grüße!

Matthias Miersch